



Reform-Befürworter Dohnanyi, Herzog: „Was wir brauchen, sind klare Zuständigkeiten“

LÄNDER

„Die Brücke nicht zerstören“

Regierung und Opposition sollen trotz der anstehenden Neuwahlen die Föderalismus-Reform verwirklichen.

Von Klaus von Dohnanyi und Roman Herzog

Alt-Bundespräsident Roman Herzog, 71, ist Vorsitzender des „Konvents für Deutschland“, der ehemalige Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, 76, sein Stellvertreter. Das überparteilich organisierte Beratergremium will in der Bundesrepublik nötige politische Entscheidungsprozesse erforschen und fördern.

Es hatte lange gebraucht bis die Republik verstand, woran sie krankte: Selbstblockade der Politik. Die Bürger wurden immer ärgerlicher über das Hin und Her zwischen Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat. Sie hatten den Vermittlungsausschuss nie gewählt, kannten weder Mitglieder noch den Vorsitzenden dort, aber dieser Vermittlungsausschuss erschien immer häufiger als das wahre Entscheidungszentrum der deutschen Politik. Da wussten die Bürger dann nicht mehr, wer und welche Partei eigentlich für Gelingen oder Fehlschlag einer politischen Entscheidung wirklich verantwortlich ist.

Die Berufspolitiker schienen nichts zu merken. Denn bevor diese sich dem Thema zuwandten, fanden sich Stiftungen zu einer „Allianz“ für eine „Föderalismusreform“ zusammen, rüttelten Medien die Politik und die Bürger auf (SPIEGEL 21/2003), und Bürger aus allen Spektren politischer Überzeugung schlossen sich im „Konvent für Deutschland“ zusammen. Die ersten Initiativen für eine längst über-

fällige Reform unserer bundesstaatlichen Ordnung kamen also von Wissenschaft und Bürgerinitiativen, nicht aus der Politik selbst.

2003 trat dann endlich die sogenannte Föderalismus-Kommission aus Politikern von Bund und Ländern zusammen. Sie tagte bis Dezember 2004. Intensive Arbeit für klarere Verantwortungen und zügigere Entscheidungsprozesse wurde in viele Vorschläge gesteckt. Sachverständige opferten ihre freie Zeit. Dann, nach weitgehender Einigung und völlig unerwartet, erklärten die Vorsitzenden Müntefering und Stoiber im Dezember 2004 das Scheitern. Die Politik sah sich außerstande, ihre eigene Organisation zeitgemäß zu ordnen! Angeblich wegen unüberbrückbarer Gegensätze zur Rolle von Bund und Ländern in Europa und im Bildungsbereich.

Das Land war entsetzt. Wiederum: Die Bürgerinitiativen wollten nicht aufgeben. Und ermutigt durch die Ergebnisse einer vom „Konvent“ angeregten Studie über die Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen politischen Ebenen im Bildungswesen anderer Föderationen, bemühten wir uns, Wege aus der Sackgasse zu zeigen. Es gibt heute sehr vernünftige Vorschläge sowohl für die Frage, wer in Brüssel für Deutschland spricht, als auch für die Zuständigkeiten im Bildungsbereich.

Die politischen Beratungen wurden wieder aufgenommen. Alles sah nach einem Erfolg in diesem Frühjahr aus. Doch Neu-

wahlen drohen die Gemeinsamkeit erneut zu zerbrechen. Aber keine Partei sollte darauf spekulieren, dass auf längere Sicht übereinstimmende Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat bestehen werden. Und keine andere sollte jetzt die zukünftige Blockade einer Bundesregierung durch den Bundesrat taktisch vorbereiten.

Das Thema einer föderalen Staatsreform Deutschlands muss zentrale Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sein. Globalisierung und die Fortentwicklung eines vereinten Europa brauchen eine entscheidungsfähige Bundesrepublik. Deutschland darf sich nicht weiter selbst blockieren und an den Rand spielen.

Die Brücke zwischen den Parteien darf vom Wahlkampf nicht wieder zerstört werden. Der gefundene Konsens muss vielmehr bald in den Verfassungstext eingehen. Und es muss klar bleiben, dass auch die bisherigen Arbeitsergebnisse nur ein erster Schritt sein können: Die Reform muss nämlich am Ende auch eine klarere finanzpolitische Eigenverantwortung der verschiedenen politischen Ebenen einbeziehen.

Was wir brauchen, das sind sowohl klarere Zuständigkeiten aller politischen Ebenen als auch eine größere Nähe der politischen Verantwortung bei den Menschen. Also mehr Dezentralisation, mehr Zuständigkeiten bei Ländern und Kommunen, aber dann dort auch mehr finanzielle Verantwortung. Und der Bund braucht klarere Zuständigkeiten, nicht nur damit er europäisch und international berechenbar und nachdrücklich mit einer Stimme sprechen kann, Sicherheit und Umweltschutz wären weitere Beispiele.

Über alle Parteigrenzen hinweg fordert eine große Mehrheit der Bürger, dass die Parteien in ihren Manifesten und Programmen zur Bundestagswahl die baldige Verabschiedung der Föderalismusreform fest verankern. ♦



Reform-Befürworter Dohnanyi, Herzog: „Was wir brauchen, sind klare Zuständigkeiten“

LÄNDER

„Die Brücke nicht zerstören“

Regierung und Opposition sollen trotz der anstehenden Neuwahlen die Föderalismus-Reform verwirklichen.

Von Klaus von Dohnanyi und Roman Herzog

Alt-Bundespräsident Roman Herzog, 71, ist Vorsitzender des „Konvents für Deutschland“, der ehemalige Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, 76, sein Stellvertreter. Das überparteilich organisierte Beratergremium will in der Bundesrepublik nötige politische Entscheidungsprozesse erforschen und fördern.

Es hatte lange gebraucht bis die Republik verstand, woran sie krankte: Selbstblockade der Politik. Die Bürger wurden immer ärgerlicher über das Hin und Her zwischen Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat. Sie hatten den Vermittlungsausschuss nie gewählt, kannten weder Mitglieder noch den Vorsitzenden dort, aber dieser Vermittlungsausschuss erschien immer häufiger als das wahre Entscheidungszentrum der deutschen Politik. Da wussten die Bürger dann nicht mehr, wer und welche Partei eigentlich für Gelingen oder Fehlschlag einer politischen Entscheidung wirklich verantwortlich ist.

Die Berufspolitiker schienen nichts zu merken. Denn bevor diese sich dem Thema zuwandten, fanden sich Stiftungen zu einer „Allianz“ für eine „Föderalismusreform“ zusammen, rüttelten Medien die Politik und die Bürger auf (SPIEGEL 21/2003), und Bürger aus allen Spektrern politischer Überzeugung schlossen sich im „Konvent für Deutschland“ zusammen. Die ersten Initiativen für eine längst über-

fällige Reform unserer bundesstaatlichen Ordnung kamen also von Wissenschaft und Bürgerinitiativen, nicht aus der Politik selbst.

2003 trat dann endlich die sogenannte Föderalismus-Kommission aus Politikern von Bund und Ländern zusammen. Sie tagte bis Dezember 2004. Intensive Arbeit für klarere Verantwortungen und zügigere Entscheidungsprozesse wurde in viele Vorschläge gesteckt. Sachverständige opferten ihre freie Zeit. Dann, nach weitgehender Einigung und völlig unerwartet, erklärten die Vorsitzenden Müntefering und Stoiber im Dezember 2004 das Scheitern. Die Politik sah sich außerstande, ihre eigene Organisation zeitgemäß zu ordnen! Angeblich wegen unüberbrückbarer Gegensätze zur Rolle von Bund und Ländern in Europa und im Bildungsbereich.

Das Land war entsetzt. Wiederum: Die Bürgerinitiativen wollten nicht aufgeben. Und ermutigt durch die Ergebnisse einer vom „Konvent“ angeregten Studie über die Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen politischen Ebenen im Bildungswesen anderer Föderationen, bemühten wir uns, Wege aus der Sackgasse zu zeigen. Es gibt heute sehr vernünftige Vorschläge sowohl für die Frage, wer in Brüssel für Deutschland spricht, als auch für die Zuständigkeiten im Bildungsbereich.

Die politischen Beratungen wurden wieder aufgenommen. Alles sah nach einem Erfolg in diesem Frühjahr aus. Doch Neu-

wahlen drohen die Gemeinsamkeit erneut zu zerbrechen. Aber keine Partei sollte darauf spekulieren, dass auf längere Sicht übereinstimmende Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat bestehen werden. Und keine andere sollte jetzt die zukünftige Blockade einer Bundesregierung durch den Bundesrat taktisch vorbereiten.

Das Thema einer föderalen Staatsreform Deutschlands muss zentrale Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sein. Globalisierung und die Fortentwicklung eines vereinten Europa brauchen eine entscheidungsfähige Bundesrepublik. Deutschland darf sich nicht weiter selbst blockieren und an den Rand spielen.

Die Brücke zwischen den Parteien darf vom Wahlkampf nicht wieder zerstört werden. Der gefundene Konsens muss vielmehr bald in den Verfassungstext eingehen. Und es muss klar bleiben, dass auch die bisherigen Arbeitsergebnisse nur ein erster Schritt sein können: Die Reform muss nämlich am Ende auch eine klarere finanzpolitische Eigenverantwortung der verschiedenen politischen Ebenen einbeziehen.

Was wir brauchen, das sind sowohl klarere Zuständigkeiten aller politischen Ebenen als auch eine größere Nähe der politischen Verantwortung bei den Menschen. Also mehr Dezentralisation, mehr Zuständigkeiten bei Ländern und Kommunen, aber dann dort auch mehr finanzielle Verantwortung. Und der Bund braucht klarere Zuständigkeiten, nicht nur damit er europäisch und international berechenbar und nachdrücklich mit einer Stimme sprechen kann, Sicherheit und Umweltschutz wären weitere Beispiele.

Über alle Parteigrenzen hinweg fordert eine große Mehrheit der Bürger, dass die Parteien in ihren Manifesten und Programmen zur Bundestagswahl die baldige Verabschiedung der Föderalismusreform fest verankern. ♦